

Niederschrift
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses
vom 11.07.2024 - Nr. HA/02/2024

Sitzungstermin:	Donnerstag, 11.07.2024
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr
Sitzungsende:	21:51 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus Tönning, Sitzungssaal, Am Markt 1, 25832 Tönning

Anwesend sind:

Vorsitzende/r

Andreas Gülck

Stellv. Vorsitzende/r

Helge Harder

Mitglied

Jens Binder

Friedrich-Wilhelm Fabri

Sascha Halupka

Sabine Moik

Dieter Mölck

Maik Peters

Stellv. Mitglied

Helge Prielipp

in Vertretung für Friedrich Busch

Protokollführer/in

Tanja Wendt

von der Verwaltung

Bürgermeisterin Dorothe Klömmer

es fehlen entschuldigt:

Mitglied

Friedrich Busch

Gäste:

Mehrere Bürgerinnen und Bürger

Stadtvertreter Uwe Wrigge

Johannes Lüneberg, Geschäftsführer des Breitband-Kompetenzzentrums Schleswig-Holstein
e. V.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Beschluss über die Festlegung der Tagesordnungspunkte, die in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden sollen
3. Genehmigung der Tagesordnung
4. Bekanntgabe der Beschlüsse, die in der letzten Sitzung des Hauptausschusses im nichtöffentlichen Teil gefasst wurden
5. Einwendungen zur Niederschrift über die letzte Sitzung des Hauptausschusses vom 21.03.2024
6. Einwohnerfragestunde
7. zuvor TOP 8: Breitbandversorgung Tönning – Bericht des Breitbandkompetenzzentrums Schleswig-Holstein (BKZSH), Herr Lüneberg, sowie Beratung und Beschlussfassung über mögliche Optionen
Vorlage: BV/079/2024
8. zuvor TOP 7: Bericht der Verwaltung
9. Abschluss eines Kooperationsvertrages mit dem Ziel der Gründung einer Klärschlammverbrennungs-GmbH
Vorlage: BV/047/2024
10. Fortführung der Teilnahme im Netzwerk „Gemeinsame Klärschlammverwertung im nördlichen Schleswig-Holstein“
Vorlage: BV/048/2024
11. Anträge der CDU-Fraktion zur Geschäftsordnung
- 11.1. Antrag auf Änderung von § 10 Abs. 6 der Geschäftsordnung (Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde)
Vorlage: BV/070/2024
- 11.2. Antrag zur Anpassung und Neuordnung der bestehenden Geschäftsordnung der Stadt Tönning
Vorlage: BV/071/2024
12. Antrag der CDU-Fraktion: Schaffung einer neuen Mitarbeiterstelle für die Öffentlichkeitsarbeit in der Stadtverwaltung
Vorlage: BV/072/2024
13. Beratung und Beschlussfassung über eine Beteiligung an der Schleswig-Holstein Beteiligungs-AG
Vorlage: BV/078/2024
14. Beratung und Beschlussfassung über die Einführung eines On-Demand Verkehrs in den Teilnetzen Nordfriesland Nord und Süd für die Haushaltsjahre 2025-2029
Vorlage: BV/080/2024
15. Verschiedenes

zu 1 Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Stadtvertreter Andreas Gülck, eröffnet die Sitzung und stellt die fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Gegen eine Tonbandaufzeichnung werden keine Einwendungen erhoben.

zu 2 Beschluss über die Festlegung der Tagesordnungspunkte, die in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden sollen

Der Empfehlung der Verwaltung, die Tagesordnungspunkte 16 bis 20 in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten, wird einstimmig zugestimmt.

zu 3 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt, jedoch beschließt der Ausschuss einstimmig, dass TOP 8 auf TOP 7 vorgezogen wird.

zu 4 Bekanntgabe der Beschlüsse, die in der letzten Sitzung des Hauptausschusses im nichtöffentlichen Teil gefasst wurden

In der Sitzung des Hauptausschusses am 21.03.2024 sind keine formalen Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst worden.

zu 5 Einwendungen zur Niederschrift über die letzte Sitzung des Hauptausschusses vom 21.03.2024

Eine Genehmigung der Niederschrift über die letzte Sitzung des Hauptausschusses vom 21.03.2024 erfolgt nicht, da diese zu spät vorgelegt wurde. Die Genehmigung soll in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses erfolgen.

zu 6 Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerin stellt für den Seniorenbeirat zwei Fragen zu Stellenbesetzungsverfahren, und zwar ob es einen Beschluss für die Schaffung der Stelle für die Öffentlichkeitsarbeit gebe und ob die Stelle Tourismuskonzeptionsreferent/in nunmehr besetzt worden sei.

Der Ausschussvorsitzende verneint und erklärt, dass Entscheidungen erst in der Stadtvertretersitzung beschlossen werden.

Weiter möchte die Einwohnerin wissen, ob es Fördermittel für Begegnungsstätten gebe bzw. dieses für eine Tönninger Begegnungsstätte schon einmal beantragt worden sei.

Frau Klömmer verweist auf die weitreichenden Förderprogramme, so dass eine pauschale Antwort nicht möglich sei. Frau Klömmer möchte wissen, für welche konkrete Maßnahme Fördermittel beantragt werden sollten. Die Einwohnerin er-

widert, dass der Seniorenbeirat seit Jahren versuche, eine Begegnungsstätte für Tönning zu schaffen. Frau Klömmer erklärt die Voraussetzungen für die Beantragung von Fördermitteln sowie den grundsätzlich vorgelagerten Prozess der politischen Beratung und Beschlussfassung. Weiter verweist Frau Klömmer darauf, dass es in Tönning die AWO-Begegnungsstätte gebe. Die Verwaltung habe, so Frau Klömmer keinen konkreten Auftrag der Politik, einen Fördermittelantrag für eine Begegnungsstätte zu stellen.

Die Einwohnerin spricht weiter bezahlbaren Wohnraum für Tönning an. Sie möchte wissen, warum Bebauungspläne nicht geändert werden könnten, um Mehrfamilienhäuser bauen zu dürfen.

Frau Klömmer erklärt, dass die Verwaltung auf Grundlage einer Konzeptionierung der Firma Semmelhaack einen Vorschlag für eine Bebauung der Fläche in Olversum mit Mehrfamilienhäusern und einen Anteil an gefördertem Wohnungsbau eingebracht habe. Nach der Kommunalwahl habe diese Vorlage auf Grund der geänderten Mehrheitsverhältnisse jedoch keine Mehrheit mehr gefunden. Es handele sich um eine politische Entscheidung und nicht um eine Entscheidung der Verwaltung. Die Stadtvertretung, so Frau Klömmer, entscheide über die Aufstellung und den Inhalt von Bauleitplänen. Grundsätzlich gebe es die Möglichkeit, Mehrfamilienhäuser zu errichten, so es entsprechende Grundstücke gebe und der politische Wille vorhanden sei.

zu 7 zuvor TOP 8: Breitbandversorgung Tönning – Bericht des Breitbandkompetenz-
zentrums Schleswig-Holstein (BKZSH), Herr Lüneberg, sowie Beratung und Be-
schlussfassung über mögliche Optionen

Vorlage: BV/079/2024

Der Geschäftsführer des Breitband-Kompetenzentrums, Herr Johannes Lüneberg, trägt zum Thema Breitversorgung in Tönning vor und erläutert zunächst die Hintergründe und berichtet zum aktuellen Sachstand und der Weiterentwicklung anhand der in der **Anlage** beigefügten Präsentation.

Auch wenn -ausgehend vom heutigen Stand- Tönning nahezu vollständig förderfähig wäre, sei eine nachträgliche Integration in den Antrag beim Breitbandzweck jedoch nicht möglich, so Herr Lüneberg, da der Bund diese Vorgehensweise ausgeschlossen habe.

Herr Lüneberg unterstützt die Vorgehensweise, Gespräche mit BBNG und dem Zweckverband aufzunehmen.

Auf Nachfrage, wie das Verfahren nun fortgehen könnte, führt Herr Lüneberg, auch zur Zeitschiene, aus.

Sodann verliest der Ausschussvorsitzende den Beschlussvorschlag und lässt über diesen abstimmen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtvertretung beauftragt die Bürgermeisterin, sich an die Geschäftsführerin der BBNG sowie den Vorstandsvorsteher des BZSNF zu wenden, um Möglichkeiten

eines flächendeckenden Glasfaserausbaus im Stadtgebiet auszuloten und entsprechende Rahmenbedingungen zu eruieren.

Abstimmungsergebnis: Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

Herr Lüneberg verabschiedet sich um 20:08 Uhr.

zu 8 zuvor TOP 7: Bericht der Verwaltung

Frau Klömmer berichtet über folgende Themen:

Europawahl

Da für Wahlen viele Helferinnen und Helfer benötigt werden, sei man aktiv auf den Seniorenbeirat für die Europawahl zugegangen. Für diese Hilfe spricht Frau Klömmer dem Seniorenbeirat ihren Dank aus.

Frau Klömmer bittet die Anwesenden, Werbung für die ehrenamtliche Hilfe bei Wahlen zu machen.

Zensus 2022:

Die Auswertungen zum Zensus 2022 sind nunmehr veröffentlicht worden und können im Internet eingesehen werden.

Die Einwohnerzahl in Tönning habe ich sich um 109 Personen auf 4.789 Einwohnerinnen und Einwohner im Vergleich zum letzten Zensus verringert.

Es seien jedoch noch sehr viel mehr Daten erhoben worden, die ebenfalls nun einsehbar sind.

Gieselau-Schleuse

Frau Klömmer berichtet vom Treffen am 27.05.2024, dass unter anderem das Instandsetzungskonzept zum Inhalt hatte. Es gebe verschiedene Varianten zu den Arbeiten an der Schleusenkammer, die langfristig vorzunehmen seien.

Das Wasser- und Schifffahrtsamt hat in Aussicht gestellt, 50 % für zukünftige Instandsetzungskosten zu übernehmen unter der zwingenden Voraussetzung der Übernahme des Bauwerks durch einen der örtlichen Träger.

Es bestehe jedoch Einigkeit, dass dies keine Option sei.

Man sei sich im Übrigen einig, dass der Bund als Eigentümer auch für die Instandhaltungskosten zuständig sei.

Ein weiteres Gutachten sei in Aussicht gestellt worden.

Sozialzentrum

Frau Klömmer informiert, dass es mit dem Kreis Nordfriesland Verträge über eine Verwaltungsgemeinschaft „Sozialzentrum Südliches Nordfriesland“ gebe und dieser Vertrag einer Überarbeitung bedarf. Aller Voraussicht nach wird der neue Vertrag im nächsten Hauptausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorgestellt.

Die wesentlichen Inhalte seien unter anderem Datenschutz, Dienstanweisungen sowie die technische Ausstattung, die zukünftig der Kreis übernehmen wird.

Fragen dürfen gern vorab gestellt werden.

Evaluation

Frau Klömmer informiert über den derzeitigen Sachstand hinsichtlich der Evaluation mit dem Amt Eiderstedt. Man stehe nunmehr kurz vor dem Abschluss des Endberichtes.

Dieser Bericht solle nun den politischen Vertretern vorgestellt werden. Der Termin am 07.10.2024, 18:00 Uhr, stehe noch unter Vorbehalt, so Frau Klömmer, da eine endgültige Abstimmung noch ausstehe. Eine Beratung in diesem Termin werde noch nicht stattfinden.

Bevölkerungsschutz

Frau Klömmer berichtet von der Infoveranstaltung zum Thema Bevölkerungsschutz, an der sie Ende Juni teilgenommen habe. Es finde nun der Aufbau entsprechender Strukturen statt und man sei aufgefordert, bis zum 31.10.2024 mitzuteilen, wo man Anlaufstellen einrichten könne.

Mit dem dafür zuständigen Amt Eiderstedt, die auch für die Stadt Tönning Evakuierungspläne erstellen, ist sie bereits in Kontakt getreten.

Frau Klömmer weist auf den großen Umfang dieser Thematik hin.

Stadtvertreter Maik Peters teilt ergänzend mit, dass das Notstromaggregat für die Feuerwehr nun fertiggestellt sei.

Schwerbehindertenvertretung

Die Bürgermeisterin informiert, dass die Stadt Tönning nun auch eine Schwerbehindertenvertretung habe, da man die gesetzlichen Anforderungen erreicht bzw. überschritten habe.

Anspruch des Personalrats auf Büropersonal

Personalrat und Dienststellenleitung haben sich im Nachgang zu den Diskussionen in diversen Ausschüssen darauf verständigt, ein Rechtsgutachten einzuholen.

Dieses Gutachten habe bestätigt, dass der Personalrat einen Anspruch auf Büropersonal in dem so genannten „erforderlichen Umfang“ habe. Der Personalrat habe darzulegen, welche Arbeiten konkret vom Büropersonal übernommen werden soll. Diese Darlegung liege bereits vor, werde jedoch vom Personalrat auf der Grundlage des Gutachtens noch einmal überprüft. Der bislang geltend gemachte Umfang von 3,5 Stunden erscheine nicht ganz abwegig.

Die Umsetzung dieses Anspruchs obliege dem Zuständigkeitsbereich der Bürgermeisterin.

Stadtvertreter Sascha Halupka möchte wissen, ob es einer Beschlussfassung bedarf. Frau Klömmer teilt mit, dass es über den Anspruch als solches keines Beschlusses bedarf, dies bedürfe es dann, wenn mit der Umsetzung des Anspruchs eine Stellenplanveränderung einhergehen würde. Dies sei jedoch von der Politik abgelehnt worden.

Der Einwand vom Bürgervorsteher Jens Binder, dass es keine Zweifel an der Zu-

ständigkeit der Bürgermeisterin gegeben habe, wird sowohl von Frau Klömmer als auch vom Personalratsvorsitzenden, Thomas Pahl, zurückgewiesen mit dem Hinweis, dass die Diskussion in den Gremien durchaus kontrovers war. Auch deshalb sei das Rechtsgutachten eingeholt worden.

Herr Pahl führt aus, dass der Personalrat bemüht sei, die Stundenzahl ggf. reduzieren zu können, trotz der Vielzahl der Themen.

Frau Moik erklärt, dass die AWT ebenfalls die Zuständigkeit bei der Bürgermeisterin für diese Thematik gesehen habe und sehe.

zu 9 Abschluss eines Kooperationsvertrages mit dem Ziel der Gründung einer Klärschlamm-verbrennungs-GmbH

Vorlage: BV/047/2024

Der Ausschussvorsitzende teilt seine Entscheidung mit, für die kommenden Anträge eine Zeitbegrenzung von 10 Minuten einzuführen. Sofern ein Vortrag länger andauert, seien Ausnahmen möglich.

Fragen zu der Beschlussvorlage gibt es keine, so dass der Ausschussvorsitzende den Beschlussvorschlag verliest und über diesen abstimmen lässt.

Hauptausschuss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung, wie folgt zu beschließen:
Die Stadtvertretung stimmt der anliegenden Kooperationsvereinbarung zu und beauftragt die Bürgermeisterin mit ihrer Unterzeichnung. Die Zustimmung gilt auch für den Fall, dass einzelne der im Vertragsentwurf vorgesehenen Vertragspartner den Vertrag nicht unterschreiben sollten und sich die in § 4 Nr. 2 ausgewiesenen Prozentsätze dadurch anteilig erhöhen, solange nicht mehr als 25 % der bislang im Vertragsentwurf vorgesehenen Anteile ausfallen.

Abstimmungsergebnis: Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

zu 10 Fortführung der Teilnahme im Netzwerk „Gemeinsame Klärschlammverwertung im nördlichen Schleswig-Holstein“

Vorlage: BV/048/2024

Auch zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Fragen, so dass der Beschlussvorschlag verlesen und über diesen abgestimmt wird.

Hauptausschuss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung, wie folgt zu beschließen:
Die Stadtvertretung stimmt der Fortführung der Netzwerkarbeit bis zum Sommer 2025 zu.

Abstimmungsergebnis: Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

zu 11 Anträge der CDU-Fraktion zur Geschäftsordnung

zu 11.1 Antrag auf Änderung von § 10 Abs. 6 der Geschäftsordnung (Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde)

Vorlage: BV/070/2024

Der Ausschussvorsitzende übergibt das Wort an Stadtvertreter Helge Prielipp, der den Antrag und die bisherige Handhabung ausführlich erläutert.

Frau Moik teilt mit für die AWT mit, dass dieser Paragraph seinerzeit im Einklang mit der Gemeindeordnung gefasst worden sei, daher lege die AWT Wert darauf, dass § 10 Abs. 6 der Geschäftsordnung unverändert bestehen bleibe.

Stadtvertreter Helge Prielipp erwidert hierauf, dass die Gemeindeordnung die Möglichkeit sehr wohl vorsehe. Er bittet um Abstimmung.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung wie folgt zu beschließen:

§ 10, Abs. 6 der Geschäftsordnung wird wie folgt geändert:

„Fragen werden nur von der Bürgervorsteherin oder dem Bürgervorsteher bzw. von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister oder der Fraktionsvorsitzenden bzw. dem Fraktionsvorsitzenden beantwortet; bei Abwesenheit der zuvor genannten Personen durch ihre Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter. Eine Aussprache zu den Fragen findet nicht statt“.

Abstimmungsergebnis: Ja 4 Nein 5 Enthaltung 0

zu 11.2 Antrag zur Anpassung und Neuordnung der bestehenden Geschäftsordnung der Stadt Tönning

Vorlage: BV/071/2024

Stadtvertreter Helge Prielipp erläutert den von der CDU gestellten Antrag.

Es findet eine rege Diskussion über diesen Antrag statt.

Der SSW teilt mit, dass man grundsätzlich mit einer Änderung einverstanden sei, jedoch nicht mit dem der Vorlage beigefügten Entwurf.

Stadtvertreter Helge Prielipp stellt klar, dass es sich lediglich um einen Entwurf handelt, der zur Diskussion gestellt werde.

Der SSW werde eigene Vorschläge einbringen, dies jedoch erst nach den Ferien. Im Übrigen plädiere man für eine interne Sitzung.

Stadtvertreter Sascha Halupka erklärt für die SPD Einverständnis mit einer gemeinsamen Erarbeitung.

Frau Klömmer stellt noch einmal klar, dass sich der Beschlussvorschlag auf den Antrag der CDU beziehe, jedoch nicht auf den Entwurf der Geschäftsordnung.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Geänderter Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung, die Anpassung und Neuordnung der Geschäftsordnung.

Abstimmungsergebnis: Ja 6 Nein 2 Enthaltung 1

zu 12 Antrag der CDU-Fraktion: Schaffung einer neuen Mitarbeiterstelle für die Öffentlichkeitsarbeit in der Stadtverwaltung

Vorlage: BV/072/2024

Stadtvertreter Helge Prielipp teilt mit, dass die Öffentlichkeit, insbesondere Senioren und Handel, an die CDU herangetreten sei. Man wünsche sich, so Helge Prielipp, mehr Transparenz und mehr Informationen über das, was in der Stadt passe.

Er verweist auf die Stelle, die zunächst bewilligt, jedoch nach der Kommunalwahl auf Antrag der AWT wieder gestrichen worden sei.

Helge Prielipp verliest die Begründung aus dem Antrag der CDU vom 06.06.2024.

Stadtvertreter Sascha Halupka erklärt, dass die SPD diesen Antrag nicht nur mitgehe, sondern ebenfalls die Notwendigkeit sehe und begründet dieses unter anderem mit den heute gestellten Fragen in der Einwohnerfragestunde.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht, so dass über den Antrag entschieden wird.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung wie folgt zu beschließen:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung, sich für die Schaffung einer neuen Mitarbeiterstelle für die Öffentlichkeitsarbeit in der Stadtverwaltung Tönning auszusprechen und beschließt die Aufnahme einer entsprechenden Stelle in den Stellenplan 2025.

Abstimmungsergebnis: Ja 4 Nein 5 Enthaltung 0

zu 13 Beratung und Beschlussfassung über eine Beteiligung an der Schleswig-Holstein Beteiligungs-AG

Vorlage: BV/078/2024

Herr Mölck verlässt den Sitzungssaal und ist bei dieser Abstimmung nicht anwesend.

Der Ausschussvorsitzende verliest den Beschlussvorschlag und lässt hierüber, nachdem es keine Fragen gibt, abstimmen.

Nachdem der Beschlussvorschlag einstimmig angenommen wurde, kommt der Alternativvorschlag weder zur Verlesung noch zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss empfiehlt der Stadtvertretung, auf einen Erwerb von Aktien der Schleswig-Holstein Netz Beteiligungs-AG zu verzichten.

Abstimmungsergebnis: Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0

zu 14 Beratung und Beschlussfassung über die Einführung eines On-Demand Verkehrs in den Teilnetzen Nordfriesland Nord und Süd für die Haushaltsjahre 2025-2029

Vorlage: BV/080/2024

Auf Bitten des Ausschussvorsitzenden verliest Frau Klömmer nochmals den Beschlussvorschlag, der in der Sitzung des Finanzausschusses am 04.07.2024 erarbeitet und dort als Empfehlungsbeschluss gefasst worden ist.

Stadtvertreter Helge Harder stimmt diesen Ausführungen und dem Beschlussvorschlag zu.

Eine weitere Diskussion findet nicht statt, so dass abgestimmt wird.

Stadtvertreter, Herr Dieter Mölck, ist auch bei dieser Abstimmung abwesend.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung spricht sich grundsätzlich für die Flexibilisierung des Rufbusses zum On-Demand-Verkehr aus und würde eine Umsetzung insbesondere im Bedienstgebiet Eiderstedt begrüßen. Mangels konkreter Daten und Zahlen ist eine Zusage zur Übernahme von Kosten seitens der Stadt Tönning nicht möglich, jedoch spricht sich die Stadt in dem Wissen einer direkten und/ oder indirekten Kostentragung für die Einführung aus. Sollte es nicht zur Einführung eines On-Demand-Verkehrs in Gänze oder in einzelnen Bedienstgebieten kommen, soll an dem bestehenden Rufbusangebot festgehalten werden.

Abstimmungsergebnis: Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0

zu 15 Verschiedenes

Es geben sich keine Wortmeldungen.

Der Ausschussvorsitzende verabschiedet die Gäste und beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:02 Uhr.

Es findet eine Pause statt, bevor die Sitzung mit dem nichtöffentlichen Teil um 21:11 Uhr fortgesetzt wird.

gez. Andreas Gülck
Vorsitzender

gez. Tanja Wendt
Protokollführerin